

# Klimaneutrales Deutschland – ein folgenreiches Ziel

Forstwissenschaftler sieht Wohlstand und Freiheit in Deutschland bedroht – Interview mit Prof. Dr. Andreas Schulte

**In diesem Interview äußert sich Andreas Schulte, der pensionierte Professor für Waldökologie, Forst- und Holzwirtschaft an der Universität Münster, über die Hintergründe und mögliche, konkrete Folgen des Staatsziels „Klimaneutralität 2045“, und zwar insbesondere die Folgen für den Waldbesitz sowie die Forst- und Holzwirtschaft.**

Sie haben ein Video auf Ihrem Youtube-Kanal „Cum Tempore“ veröffentlicht mit dem Thema: „Klimaneutrales Deutschland: Das Grundgesetz als Schmierzettel“ und sind dabei auf die Auswirkungen der aktuellen Grundgesetzänderung vom März 2025 und seine Bedeutung für die Land-, Forst- und Holzwirtschaft, aber auch den Steuerzahler insgesamt, eingegangen. Geht Deutschland beim Klimaschutz einen Sonderweg?

**Prof. Dr. Andreas Schulte:** Hinzufügen müsste man: sinn- und faktenbefreiter Sonderweg, zudem völlig nutzlos, was Klimaschutz angeht! Die EU hat als Zieljahr 2050 zur Erreichung von Klimaneutralität vorgegeben. Im Sinne der EU bedeutet Klima-Neutralität, hier: CO<sub>2</sub>-Neutralität – ein Gleichgewicht zwischen Kohlenstoffemissionen und der Aufnahme von Kohlenstoff aus der Atmosphäre in Kohlenstoffsenken herzustellen – in Deutschland vor allem Böden und Wälder.

Im Pariser Weltklimavertrag von 2015 gibt es allerdings überhaupt kein vorgegebenes Datum. Deutschland hat bereits im Jahr 2021 die EU-Zielmarke 2050 im Klimaschutzgesetz als einziges Land der Welt nochmals um fünf Jahre verbindlich auf 2045 vorgezogen. Kein anderes Land verpflichtet sich in seiner Verfassung (indirekt oder direkt) zur Klimaneutralität, kein anderes Industrieland nennt 2045 als definitive Jahreszahl. Indien beispielsweise hat sich bisher kein konkretes Ziel entlocken lassen, will gegebenenfalls ab 2030 damit beginnen, die stark steigenden Klimagas-Emissionen zu drosseln. Dito: China und Russland, die CO<sub>2</sub>-Neutralität – nicht Klima-Neutralität – 2060 erreichen und erst 2050 aus der Kohle aussteigen möchten. Weitere Staaten wie die USA, Kanada, Australien oder Brasilien „streben Klimaneutralität an“ – ohne Details zu definieren.

Deutschland hat hier ein absolutes Alleinstellungsmerkmal, geht einen Sonderweg, der eben nicht zu Anerkennung, sondern weltweit zunehmend zu Kopfschütteln und Ablehnung führt. Vorbild ja, aber dafür, wie man es definitiv nicht machen sollte.

Welche Folgen hat dieser Sonderweg innerhalb der EU bzw. weltweit Ihrer Meinung nach für Deutschland bzw. den Klimaschutz? Warum bezeichnen Sie dies in Ihrem Video sehr deutlich als „extrem teuren Schwachsinn“?

**Schulte:** Der Ausstoß an CO<sub>2</sub> wird im Emissionshandel der EU rechtsverbindlich für alle Länder der EU festgelegt. Nationalstaatliche Einzelmaßnahmen verpuffen daher wirkungslos, da die Menge, die Deutschland unter exorbitanten Kosten – genauer: Steuern bzw. Schulden – an CO<sub>2</sub>-Emission einsparen würde, nun den anderen EU-Staaten wie z. B. Frankreich oder Spanien zur Emission von 2045 bis 2050 zustünde. Jeder, der sich mit dem Thema Emissionshandel in der EU und außerhalb beschäftigt, schüttelt sich vor Lachen über den deutschen, wirkungslosen aber extrem teuren Sonderweg!

Extrem teuer, warum?!

**Schulte:** Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags fassten Ende 2024 die bisher vorliegenden Studien zu den Kosten der sogenannten Energiewende in Deutschland wie folgt zusammen: „Je nach Betrachtungszeitraum werden die Kosten auf Beträge zwischen 500 Mrd. Euro pro Jahr oder 13,3 Bill. Euro insgesamt bis zum Jahr 2045 beziffert“ (Deutscher Bundestag, WD 5 – 3000 – 135/24).

Wirkungslos, warum?!

**Schulte:** Deutschland reduzierte seine CO<sub>2</sub>-Emissionsbilanz von 2022 auf 2023 um etwa 76 Mio. t CO<sub>2</sub> und von 2023 auf 2024 um weitere etwa 21 Mio. t auf nun grob 580 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr gemäß Umweltbundesamt. Ursachen sind aber nicht die viel beschriebenen, durch Subventionen unglaublichen Ausmaßes sehr teuren Klimaschutzmaßnahmen, die vom Erneuerbare-Energien-Gesetz bis zum Gebäudeenergiegesetz usw. bewirkt wurden, sondern im Wesentlichen De-Industrialisierung sowie relativ warme Winter.

Diese – nennen wir es trotzdem – „Einsparung“ von etwa 100 Mio. t CO<sub>2</sub> in zwei Jahren – entspricht etwa dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von China innerhalb von drei Tagen. Oder: Deutschland hat in

## ZUR PERSON

### Prof. Dr. Andreas Schulte

Andreas Schulte war vom 2003 bis 2023 Leiter des Wald-Zentrums und Inhaber des Lehrstuhls für Waldökologie, Forst- und Holzwirtschaft an der Universität Münster.

Er studierte Forstwissenschaften und promovierte an der Universität Göttingen, bevor er für sieben Jahre in der staatlichen, forst- und holzwirtschaftlichen Entwicklungshilfe in Südamerika und Südostasien arbeitete.

1996 folgten die Habilitation in Wien und der Ruf an die Universität Paderborn auf die Professur für Waldökologie und Klimakunde, die er bis 2003 innehatte.

Schulte veröffentlichte in Fachzeitschriften und publizierte mehrere Bü-

cher, das letzte mit dem Titel „Waldinvestment“ (zwei Bände, 2023). Seit 2024 ist Schulte Herausgeber und Autor des Youtube-Kanals „youtube.com/@CumTempore“.

zwei Jahren 100 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> „eingespart“, der Rest der Welt alleine in 2024 etwa fünf- bis zehnmals so viel zusätzlich an CO<sub>2</sub> emittiert. Für viele 100 Mrd. Euro Schaden, Schulden, Steuern, was auch immer, mithin Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlust, der sich von Woche zu Woche deutlicher abzeichnet.

Welche Zahlen benötigt man noch, um einzusehen, dass deutscher Klimanationalismus nichts zum Klimaschutz beiträgt. Dazu passt übrigens, dass Hessen seinen Universitäten aus „Geldmangel“ gerade die Budgets kürzt oder die Autobahn GmbH wegen Geldmangels einen Ausschreibungsstopp für das Jahr 2025 verhängte oder ...

Die Grundgesetzänderung vom 18. März 2025 hat eine Vorgeschichte: den Klimaschutzbeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom März 2021. Was steht darin?

**Schulte:** Klimaneutralität ist Staatsziel, wie die Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts von 2021 deutlich belegen. Verfassungstheoretische Spekulationen – auch von Rechtswissenschaftlern oder Bundestagsabgeordneten –, ob Staatsziel oder nicht, sind für uns alle, auch die Waldbesitzer, die Forst- und Holzwirtschaft im Speziellen, völlig uninteressant: Beispiel: Leitsatz zum Beschluss des Ersten Senats vom März 2021 wortwörtlich: „Art. 20a GG verpflichtet den Staat zum Klimaschutz. Dies zielt auch auf die Herstellung von Klimaneutralität“. Eindeutiger kann man das nicht als Staatsziel formulieren. Klimaschutz über Klimaneutralität sind seit 2021 im Grundgesetz fest verankert, denn die Interpretati-



Seit 2024 ist Prof. Schulte Herausgeber und Autor des Youtube-Kanals „youtube.com/@CumTempore“.



cher, das letzte mit dem Titel „Waldinvestment“ (zwei Bände, 2023).

Seit 2024 ist Schulte Herausgeber und Autor des Youtube-Kanals „youtube.com/@CumTempore“.

► Ausführlicher Lebenslauf in der „Wikipedia“

onshoheit über das Grundgesetz liegt beim Verfassungsgericht, nicht im Parlament, bei den Parteien oder gar uns.

Und an anderer Stelle erklärt das Verfassungsgericht: „... entsprechend wird CO<sub>2</sub>-relevanter Freiheitsgebrauch immer stärkeren, auch verfassungsrechtlich gebotenen Restriktionen ausgesetzt sein.“ Wahnsinn! Ich persönlich bereite mich unter dem Oberbegriff der „Klimaneutralität“ auf weitreichende Wohlstandsverluste und Einschränkungen meiner Grundrechte in Deutschland vor, die über die zu Corona-Zeiten weit hinausgehen werden.

Worauf muss sich die Land-, Forst- und Holzwirtschaft denn konkret einstellen?

**Schulte:** Unter anderem auch auf die Umsetzung der mittlerweile sehr weit verbreiteten Einstellung, dass Agrar- und Waldflächen vergesellschaftet werden sollten zur Bekämpfung der Klimakrise.

Längst wissenschaftlich hinreichend widerlegt, aber weit verbreitetes Narrativ in den für den Wald und die Forst- und Holzwirtschaft zuständigen Ministerien und Behörden ist: Wir müssen auf die energetische Holznutzung sehr weitgehend verzichten und die Kohlenstoffspeicherung im Wald durch Reduzierung des Holzeinschlags steigern – zur Bekämpfung der Klimakrise!

Das heißt auch: Einstellen sollte man sich mindestens auf weitergehende, enteignungsähnliche Eingriffe – wie in der wegen des Ampel-Aus' nicht vollzogenen Novelle des Bundeswaldgesetzes ansatzweise gut nachlesbar – bis hin zur Vergesellschaftung, auf gut Deutsch: Enteignung von Privatwald.

Während vor Jahren bei meinen Vorträgen dazu noch sehr ungläubig geschaut wurde, hat sich die Situation durch den Gesetzesvorstoß der Berliner SPD – ja: SPD, nicht Linke oder Grüne – im Juli 2025 nun „etwas“ geändert, Zitat: „Vergesellschaftung ganzer Unternehmen, die Waren und Güter herstellen oder Dienstleistungen anbieten“, mit Vorbildcharakter für andere Bundesländer. Und, noch deutlicher für Waldbesitz, Forst- und Holzwirtschaft, an anderer Stelle: „Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln sowie deren Überführung in Gemeineigentum“.

Die Gleichgültigkeit der Verbände des Waldbesitzes, der Forst- und Holzwirtschaft, das Schweigen dazu ist ohrenbetäubend. Das wird offensichtlich trotz der Tatsache, dass das von der SPD, nicht jungen Grünen kommt, immer noch nicht ernst genommen. Spätestens bei der durch die SPD formulierten Idee zum Enteignungsgesetz, dass die Entschädigung für die Eigentümer niedriger als der Verkehrswert sein darf – das steht so wörtlich im Entwurf –, müssten eigentlich alle in unserer Branche aufwachen. Das sehr verhaltene „mit uns nicht“ der zukünftigen Oppositionspartei CDU ist irrelevant. Denn: Bei den neuesten Umfragen in Berlin, wo 2026 gewählt wird, kommt ein rot-rot-grünes Bündnis auf knapp 50% der Stimmen. Und nicht vergessen: Ein potenzielles Vergesellschaftungs-Klimaschutz-Bündnis aus SPD, Grünen, Linken und BSW wurde bei der Bundestagswahl 2025 von 18,7 Mio. Deutschen gewählt, erzielte also etwa 42% der Stimmen.

„Klimaschutz ist seit 2021 justiziabel.“ Rollt jetzt eine Klagewelle auf uns zu?

**Schulte:** Ja, das ist auch der Originalton des Bundesverfassungsgerichts und heißt: Es sind nicht nur mediale, sondern auch juristische Kampagnen gegen die Waldbewirtschaftung und insbesondere auch die energetische Holznutzung möglich – im Namen des Klimaschutzes. Sie sind – je nach Besetzung des jeweiligen Gerichts in Deutschland – über die Interpretation der Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts bzw. der Grundgesetzänderung einklagbar.

Die Klagewelle ist ja auch – aber nicht nur – von den Grünen bereits so angekündigt. Die Klagekassen der steuerfinanzierten NGOs sind prall gefüllt. Beispiel: Oberlandesgericht Hamm, neun Jahre Klage und Verhandlung eines peruanischen Bergbauers wegen eines unter Umständen, zukünftig eintretenden, hypothetischen Schadens aufgrund der Klimaerwärmung in den Anden – gegen das deutsche Unternehmen RWE. Gerichte in Deutschland

nehmen so etwas tatsächlich als Klage an.

RWE konnte sich wehren und hat den Prozess nach neun Jahren gewonnen. Aber was wäre passiert, wenn sich die den Prozess begleitende, von Steuergeldern in zweistelliger Millionenhöhe in den letzten Jahren sehr weitgehend finanzierte NGO Germanwatch z. B. Holzenergienutzer oder die Papierindustrie statt RWE ausgesucht hätte?

Nebenbei: Es ist eine interessante Aufgabe zu checken, wie viel Millionen z. B. der BUND, der Nabu, die Deutsche Umwelthilfe, Germanwatch usw. an Zuschüssen aus Steuermitteln erhalten. Und vergleichen Sie diese dann mit den Zuschüssen an die Verbände/Vereine der Waldbesitzer, der Forst- und Holzwirtschaft.

Gibt es Auswege unter der neuen Regierung?

**Schulte:** Ich schließe mich in meiner Analyse u. a. dem „Wall Street Journal“ an, dass den deutschen Weg der „Energiewende“ bereits 2019 als „dümmste Klimaschutz- und Energiepolitik der Welt“ bezeichnete. Deutschland habe schon jetzt die höchsten Strompreise der Welt, betriebe De-Industrialisierung auf Kosten des Wohlstands seiner arbeitenden Bevölkerung, erfülle aber trotzdem seine eigenen Klimaziele nicht, da es bei Dunkelflauten z. B. auf dreckigen Kohlestrom auch aus dem Ausland angewiesen sei.

Dennoch faseln inkompetente Ideologen, Mietwissenschaftler und Juristen immer noch vom „Vorbildcharakter Deutschlands“. Dabei werden wir international zunehmend drastischer kritisiert, nicht nur von Journalisten. Schwedens Energieministerin erklärte etwa: „Ich bin wütend auf die Deutschen. Wenn der Wind nicht weht, bekommen wir mit diesem gescheiterten Stromsystem in Europa hohe Strompreise.“

Kein Land ist uns bisher gefolgt – warum auch? Alle gehen andere Wege und kritisieren den deutschen Sonderweg immer lauter.

If ideology is master, you reach disaster faster! Mit diesem Satz bin ich seit 20 Jahren auf Tournee.

Die neue Bundesregierung hat mit ihrem Koalitionsvertrag sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dieser Tendenz sehr wenig entgegenzusetzen. Im Gegenteil: Die mögliche Berufung der Klimaaktivistin und Staatsrechtlerin Ann-Kathrin Kaufhold als neue Richterin beim Bundesverfassungsgericht dürfte die Situation noch einmal verschärfen. Sie machte öffentlich mehrfach keinen Hehl daraus, dass sie das unter Verfassungsrechtlern umstrittene

Fortsetzung auf Seite 508

## Prof. Klaus Fischer 75 Jahre

Am 17. August beging der Inhaber der Unternehmensgruppe Fischer aus Waldachtal in Baden-Württemberg seinen 75. Geburtstag. Zudem feiert er in diesem Jahr sein 50-jähriges Dienstjubiläum sowie 45 Jahre als Gesamtgeschäftsführer. Das Familienunternehmen hat weltweit 50 operative Gesellschaften und exportiert in über 120 Länder.



Vor 50 Jahren, mit 25, trat Fischer in das Unternehmen ein – als Diplom-Ingenieur (FH) übernahm er das Prüffeld. Damals erzielte das Unternehmen mit rund 1000 Beschäftigten einen Umsatz von 102 Mio. DM (etwa 51 Mio. Euro) – 2024 erwirtschafteten 4700 Mitarbeiter weltweit einen Umsatz von 1,11 Mrd. Euro.

Schon bald wurde Fischer Teil der Geschäftsführung, im Jahr 1980 übernahm er die Gesamtverantwortung. „Unternehmerisch zu handeln, die Kunden in den Mittelpunkt zu setzen und das Unternehmen zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern strategisch in die Zukunft zu führen – das war und ist mein Anspruch“, erklärt Fischer.

Den Befestigungsbereich baute Fischer aus. 1993 sicherte die Übernahme von Upat in Emmendingen (damals Deutschlands zweitgrößter Dübelhersteller) seine Marktführerschaft. Neben Kunststoffdübeln gewann die Metall-Schwerlastbefestigung an Bedeutung. Mit der Integration von Rocca (Schäume und Silikon) 1997 entstand der Standort Chemie in Denzlingen.

1987 führte er ein Firmenleitbild ein: Die Werte „innovativ“, „eigenverantwortlich“ und „seriös“ wurden gemeinsam mit den Mitarbeitern erarbeitet und gelten bis heute für alle im Unternehmen. Wichtig für die Gruppe ist der Nutzen ihrer Kunden, das Vermeiden von Verschwendung und die Steigerung der Wertschöpfung. Dabei nutzt man das Leitbild und die Philosophie des japanischen Kaizen, die kontinuierliche Veränderung zum Besseren.

Wichtig sind der Unternehmensführung die Mitarbeiter: Man geht davon aus, dass sie mit ihrer Erfahrung Schwachstellen erkennen und wissen, wie das Unternehmen verbessert werden kann. Fehler sind dabei erlaubt, sofern sie nicht zweimal gemacht werden. 2004 entstand aus den im Unternehmen entwickelten Kompetenzen Fischer Consulting. Die international tätige Prozessberatung begleitet interne und externe Kunden auf dem Weg zu schlanken und effizienten Prozessen.

2015 wurde das Tochterunternehmen Fisco gegründet. U.a. entwickelt der Faserverbund-Pionier als erstes Unternehmen weltweit einen nicht brennbaren Faserverbundwerkstoff, der sich für die Bauwerkssanierung eignet. Mit seinen Produkten und Lösungen ist das Unternehmen im Bauwesen, in der Bahninfrastruktur, im Schiffbau und in der Fahrzeugausstattung vertreten.

2016 verstärkte Fischer mit der Übernahme der LNT Automation die Aktivitäten der Unternehmensgruppe im Bereich elektronischer Baugruppen. Zur Gruppe gehört seit Jahrzehnten auch der Bereich „Fischertechnik“. Die mehrfach ausgezeichneten Baukästen stehen für Qualität, Langlebigkeit und spielerische Lernerfahrung.

„Das größte Kapital und der wichtigste Erfolgsfaktor in unserem Unternehmen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – nicht Anlagen und Gebäude“, betont Fischer. Der Erfolg hänge wesentlich von Motivation und Qualifikation ab. Deshalb investiere das Unternehmen in Aus- und Weiterbildung. Nachhaltigkeit ist Fischer ein besonders wichtiges Anliegen. Mit dem Fischer-Nachhaltigkeits-Campus gibt das Unternehmen sein Wissen und seine Erfahrung weiter und bildet zukünftige Nachhaltigkeitsmanager aus.

Das Engagement von Klaus Fischer reicht weit über das Unternehmen hinaus: 2015 gründete er die Klaus-Fischer-Stiftung für Kinder- und Jugendbildung. Zahlreiche Institutionen – Kindergärten, Schulen, Vereine – profitieren von seinen Spenden, ebenso internationale Projekte. Auch dafür erhielt er zahlreiche Auszeichnungen.

## Jean-Luc Sandoz 65 Jahre

Kaum ein anderer Franzose der Holzbranche ist international so bekannt wie Jean-Luc Sandoz, der ehemalige Mitarbeiter von Julius Natterer in der EPFL Lausanne. Das hat auch damit zu tun, dass das von ihm vor 30 Jahren entwickelte Ultraschall-Messgerät „Sylvatest“ weltweit Verwendung findet, und sein Holzbaununternehmen CBS-Lifteam in mehreren europäischen Ländern und zwei Kontinenten operiert. Am 1. August feierte Sandoz seinen 65. Geburtstag.



Der 1960 geborene Sandoz wuchs als Kind einer Bauernfamilie in den Jurabergen (Haut-Doubs) in der Region Bourgogne-Franche-Comté auf. Vom Gymnasium mit Schwerpunkt Holz (Lycée du Bois) in Mouchard wechselte er zu den Vorläufern der 1985 gegründeten Hochschule für Holztechnik Enstib in Epinal (École nationale supérieure des technologies et industries du bois).

Als Forscher beschäftigte er sich vornehmlich mit der technischen Tauglichkeit von Holz für den strukturellen Holzbau, was ihn direkt in den Bannkreis des damals in Lausanne amtierenden ordentlichen Prof. Julius Natterer zog. Nach dem Vorbild seines Mentors gründete er kurz nach der Promotion sein eigenes Ingenieurbüro CBS. Darauf folgte ein paar Jahre später mit CBT ein zweites, auf Ultraschalltests spezialisiertes Unternehmen. Bald darauf gab der begabte Pädagoge seine Lehrtätigkeit auf und widmete sich, weiterhin in Lausanne, seinem jungen Zwitter CBS-

CBT. Sein Forschungsschwerpunkt hatte ihn dazu gebracht, schlanke und leistungsfähige Holzbausysteme zu entwickeln und zu patentieren. Die logische Folge war der Sprung zur industriellen Vorfertigung, ab 2005 in Savoyen mit der Firma Ecotim, und bald darauf mit Lifteam die Gründung eines eigenständigen Holzbaubetriebs. Zwar gründete Sandoz 2011 eine deutsche Zweigstelle für das wachsende Ingenieurbüro CBS, doch der Schwerpunkt der Entwicklung lag nun eindeutig bei der Weiterentwicklung des Holzbaununternehmens Lifteam, das heute mehr als 100 Mitarbeiter beschäftigt. 2012 entstand die Zweigstelle in Paris, 2015 galt das Ingenieurbüro CBS Guyane als Vorreiter für die Weiterentwicklung der Unternehmensgruppe auf dem amerikanischen Kontinent. Bereits 2014 gestaltete Sandoz die Entwicklung des Holzbaus mit einheimischen Tropenarten in der französischen Guyane. 2015 setzte er als erster in Frankreich „Baubuche“, Furnierschichtholz aus Laubholz von Pollmeier, ein.

2018 bot das „Vortex“-Projekt für die olympischen Jugendspiele die Gelegenheit, in der Schweiz nun auch als Bauunternehmer Fuß zu fassen. 2019 lieferte er das erste erdbebensichere zehnstöckige Bürogebäude in Nizza (Palazzo Meridia). 2023 das erste größere Wohngebäude mit besonders niedrigen Emissionswerten (Les Venelles in Paris).

Als Zimmererbetrieb in Frankreich zu arbeiten, ist an sich bereits ein waghalsiges Unternehmen. Die Nachfrage ist vorhanden, vielfach fehlt aber das Geld für die nachhaltigen Projekte. Nicht leichter machte es für Sandoz, dass er als Kind einer bäuerlichen Familie nicht zum französischen Establishment gehört.

Statt Orden sammelte er kräftig Prügel, als die Region um Paris eine Überdachung von Sportplätzen schlecht programmierte, seine Ingenieure verhindern konnten, dass ein schwerer Unfall passierte, aber niemand für den Aufwand aufkommen wollte. Sandoz' brandneue Musterfabrik in Savoyen brannte 2010 ab, was den Existenzgründer dazu bewog, sie noch effizienter neu wieder aufzubauen, und den Raum Paris zu bedienen.

2024 musste er einen hohen Preis dafür zahlen, dass CBS-Lifteam es gewagt hatte, einen Auftrag im entlegenen Département Gironde bei Bordeaux anzunehmen. Er wollte den Bau des ersten größeren öffentlichen Gebäudes mit Stroh und Erdputz mitgestalten. In der Folge mussten er und sein Team siebenmal die Abdichtungsfehler der Dachdecker ausbessern und das feuchtgewordene Stroh austauschen lassen.

Jonas Tophoven

**Anurag Garg** wird Chief Product & Technology Officer der Markt-Pilot GmbH in Stuttgart, Softwareanbieter für marktbasierendes Ersatzteil-Pricing im Maschinen- und Anlagenbau. Er soll vor allem das Wachstum im europäischen und nordamerikanischen Markt weiter vorantreiben.

Garg verfügt über Expertise beim Auf- und Ausbau technologiegetriebener Unternehmen in der Fertigungsindustrie sowie im Enterprise-SaaS-Bereich. Bei SaaS (Software as a Service) wird Software im Abonnement lizenziert und häufig in der Cloud bereitgestellt. Garg gründete laut Markt-Pilot ein IoT-Startup im Industrieumfeld, das später von Plex Systems (einer Tochtergesellschaft von Rockwell Automation) übernommen wurde. Außerdem war er als Chief Product Officer bei Safety Chain Software

tätig, einem Anbieter von digitalen Lösungen für das Betriebsmanagement von Produktionsanlagen.

Markt-Pilot beschäftigt aktuell 150 Mitarbeiter am Stammsitz in Stuttgart und seinen Niederlassungen in Chicago (USA), Mailand (Italien) und Stockholm (Schweden) und unterstützt nach eigenen Angaben 200 Maschinenhersteller weltweit. Dazu gehört seit Jahresanfang auch die SCM Group aus Rimini in Italien (vgl. HZ Nr. 29 vom 18. Juli, Seite 443). 2024 erhielt Markt-Pilot eine Series-A-Finanzierung in Höhe von 40 Mio. Euro. Das Unternehmen verspricht seinen Kunden präzise Marktpreisrecherchen, automatisierte Preisempfehlungen und optimierte Strategien. Sie würden damit von erhöhten Umsätzen und Margen sowie einer höheren Kundenzufriedenheit im Ersatzteilgeschäft profitieren können.

**Bernhard ter Hürne**, Geschäftsführer der ter Hürne GmbH & Co.KG, Hersteller und Spezialist von Parkett, Bodenbelägen und Wandpaneelen aus Südlöh (Nordrhein-Westfalen), scheidet aus gesundheitlichen Gründen aus dem operativen Geschäft aus, wie das Unternehmen mitteilt. Bernhard ter Hürne hat die Führung des Unternehmens in zweiter Generation von seinem Vater Otger ter Hürne 1994 übernommen und es mit visionärem Blick, Innovationskraft und einem klaren Bekenntnis zum Standort Südlöh weiterentwickelt. Mit seinem großen persönlichen Engagement und fachlicher Expertise hat sich der mittelständische Produzent mit ihm zu einem der namhaftesten Anbieter in der Branche entwickelt – sowohl in Deutschland als auch in den internationalen Märkten.

Die Geschäftsführung wird ab sofort vollständig von **Torsten Nienhaus** übernommen, der über 30 Jahre Erfahrung in der Branche mitbringt und die Unternehmensstrategie in enger Abstimmung mit Bernhard ter Hür-

ne maßgeblich mitgestaltet hat. „Wir werden den gemeinsam erarbeiteten Plan konsequent fortführen. Unser Kurs ist klar: Wir investieren weiter in eine erfolgreiche Zukunft, bei der Qualität, Innovation und Nachhaltigkeit die wesentlichen Eckpfeiler bilden. Dabei setzen wir selbstverständlich weiter auf den Standort Südlöh und bleiben als Familienunternehmen fest in unserer Region verwurzelt“, kommentiert Nienhaus.

Auch in herausfordernden Marktbedingungen befindet man sich auf einem Wachstumskurs, berichtet das Unternehmen. Bernhard ter Hürne bleibe dem Betrieb als geschäftsführender Gesellschafter verbunden. Sicherergestellt sei, dass ter Hürne als Familienunternehmen fortgeführt werde.

**Juvenio Maeztu** wird zum 5. November neuer CEO und Präsident der schwedischen Ingka Group, Mehrheitseigner der Ikea-Filialen. Er folgt damit auf **Jesper Brodin**, der sich nach acht Jahren als CEO und insgesamt 30 Jahren bei Ikea entschloss, den schwedischen Möbelhändler und -hersteller zu verlassen, wie das Unternehmen am 13. August mitteilte. Brodin verbleibt für einen regulierten Übergang noch bis Ende Februar 2026 im Unternehmen. Danach soll er unter anderem als Senior Advisor für die Ikea Foundation tätig sein.

Juvenio Maeztu, derzeit stellvertretender CEO, war zuletzt 25 Jahre in verschiedenen Positionen bei Ikea tätig. Er begann Anfang der 2000er-Jahre als Filialleiter in Spanien. Maeztu ist bekannt für seine zielorientierte, unternehmerische Führung. Brodin sagte zu seinem bevorstehenden Abschied: „Nach 30 inspirierenden Jahren bei Ikea ... habe ich mich entschieden, weiterzugehen. Ich bin stolz darauf, wie wir in den letzten Jahren beispiellose Herausforderungen gemeistert haben ... und Ikea gleichzeitig zu einem Omnichannel-Händler mit Nachhaltigkeit

im Mittelpunkt entwickelt haben.“

Mit Ikea-Einzelhandelsaktivitäten in 31 Märkten ist die Ingka Group der größte IKEA-Einzelhändler und repräsentiert rund 90% des Einzelhandelsumsatzes. Die Ingka Group umfasst drei Geschäftsbereiche: Ikea Retail, Ingka Investments und Ingka Centres.

**Sebastian Wagner** übernimmt zum 1. Januar 2026 die Leitung des Geschäftsgebiets DACH und die Geschäftsführung der Roto Frank FTT Vertriebs-GmbH. **Volker Fitschen**, der die Organisation über 33 Jahre hinweg geprägt hat und seit 2009 erfolgreich das Geschäftsgebiet mit den Ländern Deutschland, Österreich und Schweiz verantwortete, verabschiedet sich zum Jahreswechsel in den Ruhestand. Die Übergabe der Aufgaben erfolgt im Laufe des vierten Quartals.

Sebastian Wagner kommt aus den eigenen Reihen und ist seit 2016 im Vertrieb der DACH-Region tätig. Zuletzt verantwortete der 35-jährige Wirtschaftsingenieur unter der Leitung von Fitschen das Key-Account-Management für Deutschland und Österreich sowie die Vertriebssteuerung im gesamten DACH-Raum. Er kann auf die Unterstützung des langjährigen Führungsteams im Roto-Vertrieb DACH sowie auf eine vertrauensvolle Übergabe durch Volker Fitschen zählen.

In seiner neuen Funktion berichtet Wagner direkt an **Marcus Sander**, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Roto Frank Fenster- und Türtechnologie GmbH. Sander freut sich auf die Zusammenarbeit. „Sebastian Wagner ist mit Markt, Branche und Unternehmen bestens vertraut und bringt die für das Geschäftsgebiet DACH entscheidende Kundenexpertise mit. Seine hohe Qualifikation für diese verantwortungsvolle Aufgabe ergibt sich aus seiner langjährigen Vertriebserfahrung und ist auch ein Ergebnis unseres eigenen Nachwuchskräfteprogramms.“

## Klimaneutrales Deutschland – ein folgenreiches Ziel

Fortsetzung von Seite 507

Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021 akzeptiert, das Deutschland unabhängig von Klimaschutzmaßnahmen der übrigen Welt zwingend die drastische Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2045 zur Erreichung von CO<sub>2</sub>-Neutralität vorschreibt. Kaufhold erklärte: „Wenn wir zu lange mit klimaschützenden Maßnahmen warten würden, müssen diese so massiv und einschneidend sein, dass von den Freiheitsrechten der Bevölkerung nicht mehr viel übrigbliebe.“

In einem am 23. Juli vorgelegten Gutachten ebnete der Internationale Gerichtshof (icj-cij.org/case/187) den Weg für weitergehende Klimaklagen. Der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Jürgen Resch, erklärte u. a. dazu: „Das Gutachten wird auch nationalen Gerichten als Orientierung dienen, um künftige Generationen und die am stärksten von der Klimakrise betroffenen Menschen weltweit zu schützen.“ Das HZ berichtete dazu am 1. August auf Seite 470. Wie bewerten Sie dieses Urteil?

**Schulte:** Leider als einen weiteren fatalen, nicht evidenzbasierten Schritt, von dem auch die Forst- und Holzwirtschaft betroffen sein wird. Das Gut-

achten basiert ganz wesentlich auf der Annahme untergehender Inselstaaten durch den Anstieg des Meeresspiegels aufgrund der Treibhausgasemissionen. Doch wissenschaftliche Review-Publikationen in Top-Zeitschriften, z. B. „Nature“, zeigen: Die Inseln wachsen, z. B. der seit Jahrzehnten dem Untergang geweihte Inselstaat Tuvalu im Pazifik um knapp 73 ha oder 3% seiner Fläche (nature.com/articles/s41467-018-02954-1). Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs weist gravierende empirische Schwächen auf. Ähnlich wie beim Klimaschutzabschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021 bleibt es erstaunlich, wie – offensichtlich in Analogie zu Corona – nur in Narrative passende Meinungen bei den höchsten Gerichten in Sachen Klimaschutz Gehör finden.

Die weitgehend aus deutschen Steuermitteln finanzierte Deutsche Umwelthilfe wird deutsche Unternehmen, bald auch z. B. solche der Forst- und Holzwirtschaft, verklagen und in der Klageschrift dann auch auf die Menschenrechtsverletzungen durch z. B. die Nutzung von Holzenergie verweisen können.

Zusammenfassend: Das politische Argument, Deutschland könne mit Klimaneutralität einen Beitrag zum Klimaschutz

oder zum Schutz der Menschenrechte weltweit leisten, steht aus meiner Sicht nicht auf einem wissenschaftlich haltbarem Fundament. Es wird aber trotzdem kaum in Frage gestellt, sondern tagtäglich immer lauter und zunehmend aggressiver wiederholt.

Bleibt nur, den Göttinger Freigeist Georg Christoph Lichtenberg (1742–1799) zu zitieren: „Mit größerer Majestät hat noch nie ein Verstand stillgestanden!“

Keine so guten Aussichten für unsere Grundrechte und unseren Wohlstand. Leider ...!

Ich meine, dass es höchste Zeit ist, dass die Forst- und Holzwirtschaft mobilmacht. Sie sollte auch mit Hilfe ihrer Verbände bedenken, dass die Pathosformel des demokratisch-legitimierten Widerstands nicht mehr tabu ist. Leider ...!

Aber: Waldbesitzer, die Forst- und Holzwirtschaft hätten viel, viel wissenschaftlich fundiertere Argumente, man müsste sie nur viel lauter und deutlicher hören!

Man kann aber auch weiter einfach nur hoffen, dass das „Amt für Vergesellschaftung“ eine Berliner SPD-Utopie bleibt und niemand morgens um 6 Uhr bei einem Waldbesitzer oder einem Unternehmer der Holzwirtschaft mit einem die „Freiheitsrechte massiv beschränkenden“ Bescheid zur Bekämpfung der Klimakrise vor der Tür steht.